



Pressemitteilung

Erfurt, 11.01.2021 **der Kinderschutzbund Thüringen bedauert, dass Entscheidungen zur Eindämmung der Pandemie zunehmend restriktiver werden und damit die Rechte der Kinder immer weniger berücksichtigt werden. Zugleich appellieren wir an Familien, überhaupt alle Menschen, die Kontaktbeschränkungen ernst zu nehmen und solidarisch an den erforderlichen Maßnahmen mitzuwirken.**

Der Gesundheitsschutz von vorbelasteten Bevölkerungsgruppen und die Aufrechterhaltung des Gesundheitssystems stellt im Moment eine enorme Aufgabe für Politik und Verwaltung sowie soziale Träger, Einrichtungen und Betriebe dar. Dieser Gesundheitsschutz muss derzeit höchste Priorität haben.

Doch scheinbar sinkt das Vertrauen der politisch Handelnden in die Bevölkerung, so dass die jetzigen Entscheidungen einen repressiven Charakter tragen. Diesen Wandel bedauert der Kinderschutzbund Thüringen. Wir befürchten, dass im Umkehrschluss das Verständnis der Menschen für die getroffenen Entscheidungen noch weiter sinken wird, was wiederum vermehrt dazu führt, dass Regeln missachtet werden. Es bedarf dringend geeigneter Strategien, um die Thüringer Bürgerinnen und Bürger in das Vorgehen einzubinden und darüber zu informieren. Insbesondere Familien, Eltern und Kinder sollten bei der Strategieentwicklung mit ihren Bedürfnissen gehört werden. Maßnahmen müssen für Familien umsetzbar bleiben.

Es stellt sich die Frage, wieso politische Strategien nach wie vor einen derart kurzfristigen Charakter zu haben scheinen: So fehlen in den Winterregionen geeignete Infektionsschutzkonzepte wie Leit- oder Einwegsysteme, die bereits im Sommer hätten entwickelt werden können. Gerade Familien brauchen und suchen in Zeiten der Kontaktsperrre den Ausgleich in der Natur. Für viele scheint es die einzige Möglichkeit zu sein, Kindern überhaupt noch etwas zu bieten und es ist unterstützenswert, wenn es Eltern gelingt, trotz Mehrfachbelastungen solche Ausflüge zu realisieren, die für Entlastung und Entspannung im familiären Alltag sorgen können. Gibt es irgendeine Evidenz dafür, dass der Familienausflug in den Thüringer Wald das Infektionsrisiko erhöht? Sollte der Fokus nicht vielmehr auf die Logistik und Koordination der Besucherströme an den wenigen Orten, die tatsächlich stark frequentiert werden, gelenkt werden? Auf den Familien liegt ein hoher Druck in der Umsetzung der Maßnahmen. Unverständlich bleibt, dass der Biathlon mit Hotelbetrieb in Oberhof stattfinden kann oder der Einzelhandel unter bestimmten Bedingungen verkaufen kann, wenn zugleich ein Haushalt, insbesondere Kinder, nur noch eine weitere Person treffen darf.

An der Senkung der Infektionszahlen müssen alle Menschen mitwirken. Auch Jugendlichen kann die Beschränkung von Kontakten zugemutet werden. Die bisherige Ausnahme von Kindern bis 14 Jahre sollte aus Sicht des Kinderschutzbundes jedoch unbedingt beibehalten werden. Im Extremfall kann das bedeuten, dass Kinder, die auf Begleitung durch ihre Eltern angewiesen sind, keine Freunde mehr treffen können und damit faktisch isoliert sind. Gerade Kindergarten- und Grundschulkinder benötigen Kontakte,

- da sie Sorgen spielerisch verarbeiten,
- um den Sorgen der Erwachsenen zeitweise entgehen zu können,
- weil ihre Entwicklung auf dem Miteinander im emphatischen Spiegeln beruht.

Bei der Organisation von Kontakten mit Familienangehörigen und Freunden sind kleine Kinder auf Begleitung, Unterstützung oder Betreuung angewiesen. Im Umgang mit Geschwistern entstehen im Sinne der 1-Personen-Regel absurde Situationen. Um die Bereitschaft und Mitwirkung der Familien bei der Kontaktminimierung zu sichern, fordert der Kinderschutzbund Thüringen Rahmenbedingungen, die Familien nicht auf eine Zerreißprobe stellen und die Kinderrechte stärker berücksichtigen.



Die aktuelle Situation in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen zeigt zudem, dass klare Kriterien für die Notbetreuung erforderlich sind. Das Kriterium der sog. „Systemrelevanz“ als alleiniges Kriterium aufzugeben, begrüßt der Kinderschutzbund Thüringen. Doch die aktuelle Praxis zeigt, dass die Pädagoginnen und Pädagogen derzeit die Vergabe der Betreuungs- und Schulplätze organisieren müssen und damit an Grenzen stoßen.

In den Schulen wurde im Sommer 2020 ein Ampelsystem eingeführt, dass zu Verbesserungen in der Organisation des Schulbetriebs geführt hat. Auch der Kontakt seitens der Pädagog*innen zu den Schüler*innen hat sich verbessert. Doch nach wie vor stellt die Digitalisierung des Unterrichts alle Beteiligten vor Hürden. Zudem fehlt das Personal. Zu oft ist der Unterricht von den individuellen Bedingungen der Schulen abhängig. Auch liegt kein konkretes Konzept für den hybriden Unterricht oder zur Flexibilisierung von Räumen vor, was die Beschulung nicht vereinfacht.

Dem Kinderschutzbund Thüringen fehlt darüber hinaus eine Diskussion darüber, wie dem wachsenden Druck auf Schüler*innen und Eltern begegnet werden kann, da mittlerweile in den Schulen Leerstellen in der Wissens- und Kompetenzaneignung entstanden sind, die nicht beiläufig aufgeholt werden können. Auch berichten Eltern und Schüler*innen von Motivationsschwierigkeiten und dem Verlust von Lernroutinen, die zu berücksichtigen sind. Es bedarf einer fachlichen und politischen Diskussion darüber, wie Schüler*innen darin unterstützt werden können, ihren Lernprozess motiviert und mit der Aussicht auf Erfolg wieder aufnehmen können. Die Möglichkeit einer Verlängerung der Schullaufbahn ohne Nachteile in der Studienplatz- oder Ausbildungsplatzsuche, etwa um ein halbes Jahr, sollte in Betracht gezogen werden können, sofern dies den Bedürfnissen der Schüler*innen entspricht.